

ler haben in anständiger Weise dargelegt, wie die Bevölkerung von der Atomkriegspolitik Adenauers bedroht wird. Der Führer der SPD jedoch führte einen Zweifrontenkrieg: Er hetzte gegen die DDR und heulte mit den Wölfen gegen die ungarische Justiz, die einige Konterrevolutionäre ihrer gerechten Strafe zugeführt hatte. Dieser Redner war *Herr von Knoeringen*, Mitglied der SPD-Führung.

Der sozialdemokratische Genosse aus Dortmund hat absolut recht, wenn er die Schlußfolgerung zog: Aus diesem Zweifrontenkrieg ist doch nichts Gutes herausgekommen, damit hat man doch in erster Linie der Arbeiterklasse in Westdeutschland geschadet, denn die Arbeiterklasse in der DDR geht trotz aller Hetze unbeirrbar ihren Weg zum Sozialismus. - Uns haben sie doch mit dieser Hetze nicht erschüttert, sondern sie haben sich doch selbst geschlagen und der Adenauerpolitik ermöglicht, breite Kreise der Bevölkerung irrezuführen.

Was ist denn das für eine Politik, wenn die sozialdemokratische Führung ein besonderes Dokument über die Landesverteidigung in der gleichen Situation beschließt, in der die Atomrüstung beginnt? Die Frage der Verteidigung steht doch gar nicht. Es gibt doch überhaupt niemanden, der Westdeutschland angreifen will. Die westdeutschen Werktätigen werden jedoch von der Adenauer-Regierung und den Konzernherren angegriffen.

Breite Kreise der Bevölkerung in Westdeutschland, im Ruhrgebiet, mußten doch irre werden, wenn es Adenauer einige Tage vor der Wahl fertigbrachte, mit der SPD und der FDP eine gemeinsame Erklärung für die Einsetzung eines Ausschusses der vier Mächte über die deutsche Frage zu fabrizieren. Diese gemeinsame Erklärung, die die SPD-Führung mit unterschrieben hat, war doch ein Schlag gegen die Volksbewegung, die gegen den Atomtod kämpft.

*Die sozialdemokratischen Genossen stehen vor der Frage: Was ist die Perspektive? Was für ein Deutschland soll geschaffen werden? Ein friedliebendes, demokratisches Deutschland? Wenn ihr ein friedliebendes, demokratisches Deutschland wollt, muß die Zusammenarbeit mit der Adenauer-CDU, muß die Unterstützung der Adenauer-Regierung aufgegeben werden. Wer die Wiedervereinigung Deutschlands will, der kann doch nicht dafür eintreten, daß ein Ausschuß in New York oder irgendwo anders gebildet wird,*